KMP & ID Steuerberatungsgesellschaft mbH & Co. KG
Otterbreite 16, 49565 Bramsche

Bericht über die Erstellung

des Jahresabschlusses

zum

31. August 2024

International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH

Revaler Str. 100

10245 Berlin

Inhaltsverzeichnis

A. Erstellungsauftrag 4
B. Wirtschaftliche Grundlagen und wesentliche rechtliche Veränderungen 5
C. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung 5
C.1 Gegenstand der Erstellung 5
C.2 Art und Umfang der Erstellung 5
D. Feststellung und Erläuterungen zur Rechnungslegung 6
D.2 Jahresabschluss 6
E. Wiedergabe der Bescheinigung 7

Anlagenverzeichnis

Bilanz auf den 31. August 2024	**Anlage 1**
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.09.2023 bis 31.08.2024	**Anlage 2**
Bescheinigung	**Anlage 3**
Erläuterungsteil	**Anlage 4**
Rechtliche Verhältnisse	**Anlage 5**
Allgemeine Auftragsbedingungen	**Anlage 6**

HAUPTTEIL

A. Erstellungsauftrag

Die Geschäftsführung der

International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH,
Berlin

- im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt -

beauftragte uns, den Jahresabschluss zum 31. August 2024 auf der Grundlage der uns vorgelegten Buchführungsunterlagen, Bestandsnachweise und sonstigen uns überlassenen Unterlagen zu erstellen. Die uns erteilten Auskünfte und Vorgaben der Geschäftsführung zur Bilanzierung und Bewertung nach Maßgabe der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag wurden im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses berücksichtigt.

Eine Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, der vorgelegten Bestandsnachweise sowie der Auskünfte und Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung war nicht Gegenstand unseres Auftrages.

Der von uns erstellte Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung ist als Anlage 1 - 2 beigefügt.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse werden in den Anlagen 5 dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind - auch im Verhältnis zu Dritten - die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (Stand Januar 2025) maßgebend, die diesem Bericht als Anlage beigefügt sind.

B. Wirtschaftliche Grundlagen und wesentliche rechtliche Veränderungen

C. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung

C.1 Gegenstand der Erstellung

Die Aufstellung des Jahresabschlusses und die mit der Aufstellung verbundenen Entscheidungen und Rechtsakte liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, die zur Erstellung und Aufstellung des Jahresabschlusses erforderlichen Arbeiten durchzuführen.

C.2 Art und Umfang der Erstellung

Art und Umfang unserer Erstellungshandlungen richten sich auftragsgemäß nach § 242 ff HGB und den ergänzenden Vorschriften der §§ 264 ff HGB

Wir haben den Jahresabschluss aus den uns vorgelegten Buchführungsunterlagen, den uns vorgelegten Bestandsnachweisen, den sonstigen Unterlagen und den uns erteilten Auskünften sowie den von der Geschäftsführung eingeholten Vorgaben für die Inanspruchnahmen von Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechten abgeleitet und erstellt.

Als Erstellungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Art, Umfang und Ergebnis der von uns vorgenommenen Erstellungshandlungen sind, soweit nicht in diesem Erstellungsbericht dokumentiert, in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Die Geschäftsführung bestätigte uns die Vollständigkeit der vorgelegten Buchführungsunterlagen, Bestandsnachweise und der sonstigen uns überlassenen Unterlagen sowie der uns erteilten Auskünfte schriftlich.

D. Feststellung und Erläuterungen zur Rechnungslegung

D.1 Buchführung und weitere Unterlagen

Das Rechnungswesen der Gesellschaft wird über ein externes EDV-System abgewickelt. Es kommt eine Standard-Software (quickbooks) zum Einsatz, die folgende Bereiche umfasst:

- Finanzbuchhaltung inkl. Debitoren- und Kreditorenbuchführung
- Anlagenbuchhaltung

Im Rahmen unserer Tätigkeit haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Buchführung und die weiteren Unterlagen gegen gesetzliche Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags verstoßen.

D.2 Jahresabschluss

Der in der Anlage 1 - 2 wiedergegebene Jahresabschluss wurde von uns unmittelbar aus der Buchführung abgeleitet und im Rahmen des uns erteilten Auftrages unter Beachtung der handelsrechtlichen Vorschriften zur Rechnungslegung erstellt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert bewertet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Steuerrückstellungen sowie die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB.

Gemäß § 264 Abs. 1 Satz 5 HGB wurde auf die Aufstellung eines Anhangs verzichtet.

Von den größenabhängigen Erleichterungen für die Aufstellung des Jahresabschlusses nach §§ 266 Abs. 1, 274a, 276 und 288 HGB wird für die Hinterlegung Gebrauch gemacht.

Die Gliederungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (§§ 266 ff HGB) wurden beachtet.

E. Wiedergabe der Bescheinigung

Nach dem Ergebnis unserer Erstellung haben wir dem als Anlagen 1 bis 2 beigefügten Jahresabschluss der International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. September 2023 bis 31. August 2024 folgende Bescheinigung erteilt:

An die International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH, Berlin

Wir haben auftragsgemäß den vorstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang– der International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. September 2023 bis 31. August 2024 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Bramsche, den 31.07.2025

KMP & ID Steuerberatungsgesellschaft mbH & Co. KG





Jan Wilke
Steuerberater

Jörg Hachmann
Steuerberater

ANLAGEN

Bilanz auf den 31. August 2024

International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH, Berlin

Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) 225546

AKTIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	718.347,98	795.356,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
sonstige Vermögensgegenstände	195.887,73	214.410,42
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	214.050,19	184.448,70
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19.949,33	25.747,68
	1.148.235,23	1.219.962,80

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen		1.074.546,39	1.111.169,62
B. Rückstellungen			
sonstige Rückstellungen		9.800,00	4.800,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.633,11 (EUR 1.809,33)	2.633,11		1.809,33
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 9.299,56 (EUR 46.351,63)	9.299,56		46.351,63
3. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern EUR 26.956,17 (EUR 28.976,48) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 0,00 (EUR 1.855,74) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 26.956,17 (EUR 30.832,22)	26.956,17	38.888,84	30.832,22 78.993,18
		1.148.235,23	1.219.962,80

Berlin, den 31.07.2025

~~Miriam Aced~~
~~(Geschäftsführer/in)~~

Kristine Rembach
Geschäftsführerin

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.09.2023 bis 31.08.2024

International Refugee Assistance Project Berlin gGmbh, Berlin

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Erträge aus Spenden		2.502.674,09	2.804.204,00
2. Gesamtleistung		2.502.674,09	2.804.204,00
3. sonstige betriebliche Erträge			
übrige sonstige betriebliche Erträge		23.542,00	19.964,15
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.071.023,50		948.636,63
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	258.146,03		215.152,84
		1.329.169,53	1.163.789,47
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		110.666,50	60.834,82
6. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	379.310,14		113.400,59
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	9.890,73		6.200,19
c) Werbe- und Reisekosten	46.247,41		46.994,96
d) verschiedene betriebliche Kosten	687.555,01		372.509,19
		1.123.003,29	539.104,93
7. Ergebnis nach Steuern		36.623,23-	1.060.438,93
8. Jahresfehlbetrag		36.623,23	1.060.438,93-
9. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
aus anderen Gewinnrücklagen		36.623,23	0,00
10. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
in andere Gewinnrücklagen		0,00	1.060.438,93
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00

Anlage 3

Bescheinigung über die Erstellung

An die International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH, Berlin

Wir haben auftragsgemäß den vorstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung – der International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. September 2023 bis 31. August 2024 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Bramsche, den 31.07.2025

KMP & ID Steuerberatungsgesellschaft mbH & Co. KG

Jan Wilke
Steuerberater

Jörg Hachmann
Steuerberater

A K T I V A

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	**718.347,98**	795.356,00

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	0,00
Geschäftsausstattung	181.419,98	195.260,00
Einbauten	536.928,00	600.096,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	0,00
	718.347,98	795.356,00

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
Summe Sachanlagen	**718.347,98**	795.356,00

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
Summe Anlagevermögen	**718.347,98**	795.356,00

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
1. sonstige Vermögensgegenstände	**195.887,73**	214.410,42

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Kautionen	195.887,73	214.410,42

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	**214.050,19**	184.448,70

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt	214.050,19	184.448,70

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**19.949,33**	25.747,68

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	19.949,33	25.747,68

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
Summe Aktiva	**1.148.235,23**	1.219.962,80

P A S S I V A

A. Eigenkapital

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
I. Gezeichnetes Kapital	**25.000,00**	25.000,00

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00

II. Gewinnrücklagen

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
1. andere Gewinnrücklagen	**1.074.546,39**	1.111.169,62

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Betriebsmittelrücklage	1.000.052,73	1.000.052,73
Freie Rücklagen § 62 (1) Nr. 3 AO	74.493,66	111.116,89
	1.074.546,39	1.111.169,62

B. Rückstellungen

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
1. sonstige Rückstellungen	**9.800,00**	4.800,00

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Sonstige Rückstellungen	9.800,00	4.800,00

C. Verbindlichkeiten

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**2.633,11**	1.809,33

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.633,11 (EUR 1.809,33)

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
KSR Credit Card	2.633,11	1.809,33

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**9.299,56**	46.351,63

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 9.299,56 (EUR 46.351,63)

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Verbindl.a.Lieferungen/Leistungen b.1 J	9.299,56	46.351,63

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
3. sonstige Verbindlichkeiten	**26.956,17**	30.832,22

- davon aus Steuern EUR 26.956,17 (EUR 28.976,48)

- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 0,00 (EUR 1.855,74)

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 26.956,17 (EUR 30.832,22)

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Verbindlichk. Lohn- und Kirchensteuer	26.956,17	28.976,48
Verbindlichkeiten soziale Sicherheit	0,00	1.855,74
	26.956,17	30.832,22

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
Summe Passiva	**1.148.235,23**	1.219.962,80

GEWINN - UND VERLUSTRECHNUNG

		2023/2024 EUR
1. Erträge aus Spenden		**2.502.674,09**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Erhaltene Spenden / Zuwendungen	2.502.674,09	2.804.204,00

2. Gesamtleistung **2.502.674,09 EUR**

3. sonstige betriebliche Erträge

		2023/2024 EUR
a) übrige sonstige betriebliche Erträge		**23.542,00**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Sonstige Einnahmen ideeller Bereich	0,00	4.074,46
Sonstige Erträge unregelmäßig	2.606,09	0,00
Erstattungen AufwendungsausgleichsG	20.935,91	15.889,69
	23.542,00	19.964,15

4. Personalaufwand

		2023/2024 EUR
a) Löhne und Gehälter		**1.071.023,50**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Löhne und Gehälter	1.070.276,58	948.022,29
Pauschale Steuer für Arbeitnehmer	746,92	614,34
	1.071.023,50	948.636,63

		2023/2024 EUR
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		**258.146,03**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Gesetzliche Sozialaufwendungen	198.777,21	167.600,19
Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-frei	41.683,70	34.001,30
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	17.685,12	13.551,35
	258.146,03	215.152,84

5. Abschreibungen

	2023/2024 EUR
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	**110.666,50**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	109.601,50	60.834,82
Sofortabschreibung GWG	1.065,00	0,00
	110.666,50	60.834,82

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

	2023/2024 EUR
a) Raumkosten	**379.310,14**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Miete, Pacht	337.017,81	76.337,90
Raumnebenkosten	17.588,21	17.098,93
Sonstige Raumkosten	24.704,12	19.963,76
	379.310,14	113.400,59

	2023/2024 EUR
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	**9.890,73**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Versicherungen, Beiträge	9.890,73	6.200,19

	2023/2024 EUR
c) Werbe- und Reisekosten	**46.247,41**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Reisekosten Arbeitnehmer	43.097,41	42.661,60
Repräsentationskosten	3.150,00	4.333,36
	46.247,41	46.994,96

	2023/2024 EUR
d) verschiedene betriebliche Kosten	**687.555,01**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Bürobedarf	30.134,94	56.519,92
Porto, Telefon	14.592,02	6.649,63
Ausbildungskosten	11.070,92	26.604,53
Rechts- und Beratungskosten	578.624,20	250.779,59
Sonstige Kosten	52.334,39	31.112,77
Nebenkosten des Geldverkehrs	798,54	842,75
	687.555,01	372.509,19

	2023/2024 EUR
7. Ergebnis nach Steuern	**-36.623,23**

	2023/2024 EUR
8. Jahresfehlbetrag	**36.623,23**

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Jahresfehlbetrag	36.623,23	-1.060.438,93

9. Entnahmen aus Gewinnrücklagen

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
a) aus anderen Gewinnrücklagen	**36.623,23**	0,00

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	36.623,23	0,00

10. Einstellungen in Gewinnrücklagen

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
a) in andere Gewinnrücklagen	**0,00**	1.060.438,93

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Einst.i.freie Rückl.§ 62 (1) Nr. 3 AO	0,00	106.043,89
Einstellungen sonstige Rücklagen	0,00	954.395,04
	0,00	1.060.438,93

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
11. Bilanzgewinn	**0,00**	0,00

	31.08.2024 EUR	31.08.2023 EUR
Bilanzgewinn	0,00	0,00

A. Rechtliche Verhältnisse

A.I Handelsregister und Gesellschaftsvertrag

Die **Firma** der Gesellschaft lautet International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH. Sie ist eingetragen im **Handelsregister** beim Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) unter HRB 225546. Die Eintragung ist am 28.01.2021 erfolgt.

Sitz der Gesellschaft ist Berlin. Die **Geschäftsleitung** befindet sich Berlin.

Zweck der Gesellschaft ist die Verfolgung der folgenden gemeinnützigen bzw. mildtätigen Zwecke im Sinne der §§ 52, 53 AO: Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge etc. (§ 52 II Nr. 10 AO); Förderung mildtätiger Zwecke (§ 53 Nr. 1, 2 AO); Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten dieser Zwecke (§ 52 II Nr. 25 AO). Der Zweck wird verwirklicht durch alle ihm dienenden Maßnahmen, insbesondere durch: a) Organisation von Studierenden der Rechtswissenschaft und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten um Flüchtlingen, Immigranten und Vertriebenen Rechtsbeistand zu leisten; b) Erbringung einer umfassenden Pro-bono-Vertretung für Flüchtlinge während des gesamten Registrierungs-, Schutz- und Neuansiedlungsprozesses c) Durchführung von Untersuchungen, Recherchen und sonstiger Informationsbeschaffung, um die oben genannten Aktivitäten zu unterstützen und Licht auf die anhaltenden und bestehenden Probleme von Flüchtlingen, Immigranten und Vertriebenen zu werfen.

Es gilt der **Gesellschaftsvertrag** vom 16.12.2020.

Das **Geschäftsjahr** der Gesellschaft ist ein abweichendes Wirtschaftsjahr vom 01.09 - 31.08.

A.II Eigenkapital, Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 25.000,00.

Das Stammkapital ist in voller Höhe eingezahlt.

Die Gesellschafter sind wie folgt beteiligt:

	EUR	%
Assistance Project International Refugee	25.000,00	100,00
	25.000,00	100,00

A.III Geschäftsführung und Vertretungsbefugnis

Als Geschäftsführerin ist bestellt

- Frau Miriam Aced, Berlin
- Frau Kristine Alice Rembach, Berlin

Die Geschäftsführein ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des §181 BGB befreit.

B. Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Berlin für Körperschaften I unter der Steuernummer 27/614/04985 geführt.

Die Gesellschaft ist nach § 5 (1) Nr. 9 KStG - soweit kein steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb unterhalten wird - von der Körperschaft steuerbefreit und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit,weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken i.S. der §§ 51 ff. AO dient.

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Steuerberater und steuerberatende Berufsausübungsgesellschaften

Stand: Januar 2025

Die folgenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen" gelten für Verträge[1] zwischen Steuerberatern[2] und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater" genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und der Berufspflichten (vgl. StBerG, BOStB) ausgeführt.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Rechtslage nach abschließender Erledigung einer Angelegenheit, so ist der Steuerberater nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung oder die sich daraus ergebenden Folgen hinzuweisen. Etwas anderes gilt nur, wenn dies ausdrücklich in Textform vereinbart wird.

(4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der dem Steuerberater übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies in Textform vereinbart ist. Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber gemachten Angaben, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, wird er den Auftraggeber darauf hinweisen.

(5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten oder sonstigen Stellen dar. Diese ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwahrenden Handlungen berechtigt.

2. Verschwiegenheitspflicht

(1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, der Auftraggeber entbindet ihn von dieser Verpflichtung. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Auftragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.

(2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.

(3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte, u. a. nach § 102 AO, § 53 StPO und § 383 ZPO, bleiben unberührt.

(4) Der Steuerberater ist von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit dies zur Bestellung eines allgemeinen Vertreters (§ 69 StBerG) oder zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den allgemeinen Vertreter oder den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerberater angelegte und geführte – Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter und unter den Voraussetzungen des § 62a StBerG auch externe Dienstleister (insbesondere datenverarbeitende Unternehmen) heranzuziehen. Die Beteiligung fachkundiger Dritter zur Mandatsbearbeitung (z. B. andere Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte) bedarf der Einwilligung und des Auftrags des Auftraggebers. Der Steuerberater ist nicht berechtigt und verpflichtet, diese Dritten ohne Auftrag des Auftraggebers hinzuzuziehen.

4. Elektronische Kommunikation, Datenschutz[3]

(1) Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsverarbeitung zu übertragen.

(2) Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern dieser Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Ziff. 2 Abs. 1 Satz 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.

(3) Der Auftraggeber wird darauf hingewiesen, dass die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel (E-Mail etc.) mit Risiken für die Vertraulichkeit der Kommunikation verbunden sein kann. In Kenntnis dessen stimmt der Auftraggeber der Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel durch den Steuerberater zu.

5. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln ist dem Steuerberater Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben.

(2) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit, auch Dritten gegenüber, berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechtigte Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

6. Haftung

(1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem Auftragsverhältnis mit dem Steuerberater auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens wird auf 4.000.000,00 €[4] (in Worten: viermillionen €) begrenzt.[5] Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Die Haftungsbegrenzung gilt für die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters für den Auftraggeber, also insbesondere auch für eine Ausweitung des Auftragsinhalts; einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht. Die Haftungsbegrenzung gilt auch gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich des Auftragsverhältnisses fallen; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – unberührt.

---

1 Bei online abgeschlossenen Verträgen mit Verbrauchern ist der DWS-Vordruck Nr. 1130 „Muster-Widerrufsbelehrung, Muster-Zustimmungserklärung und Muster-Widerrufsformular für online abgeschlossene Verbrauchermandate" zu beachten. **Auf die weiterführenden Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.**

2 Der Begriff „Steuerberater" umfasst jeweils auch Steuerbevollmächtigte.

3 Zur Verarbeitung personenbezogener Daten muss zudem eine Rechtsgrundlage aus Art. 6 DSGVO einschlägig sein. Der Steuerberater muss außerdem die Informationspflichten gem. Art. 13 oder 14 DSGVO durch Übermittlung zusätzlicher Informationen erfüllen. **Hierzu sind die Hinweise und Erläuterungen im DWS-Hinweisblatt Nr. 1007 zu den DWS-Vordrucken Nr. 1005 „Datenschutzinformationen für Mandanten" und Nr. 1006 „Datenschutzinformation zur Verarbeitung von Beschäftigtendaten" zu beachten.**

4 Bitte Betrag einsetzen. Für die Wirksamkeit dieser Haftungsbegrenzung muss bei einer Einzelkanzlei ein Betrag von mindestens 1 Mio. € angegeben werden und die vertragliche Versicherungssumme muss mindestens auch in dieser Höhe bestehen; anderenfalls ist die Ziffer 6 nicht rechtswirksam. Für Berufsausübungsgesellschaften gelten höhere Beträge (siehe Fn. 5). **Auf die weiterführenden Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.**

5 Nach § 55f Abs. 1 StBerG ist jede Berufsausübungsgesellschaft, gleich welcher Rechtsform, zum Abschluss und zur Unterhaltung einer Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet. Differenziert geregelt ist die Höhe der erforderlichen Versicherungssumme, je nachdem, ob durch die Rechtsform eine Beschränkung der Haftung vorliegt (vgl. § 55f Abs. 2 und 3 StBerG). Nach § 67a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StBerG kann die Haftung durch allgemeine Geschäftsbedingungen auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht. Die vertragliche Versicherungssumme muss den Vorgaben hinsichtlich des einzelnen Schadensfalles entsprechen; anderenfalls ist die Ziffer 6 nicht wirksam. **Auf die Hinweise im DWS-Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.**

© 01/2025 DWS Steuerberater Medien GmbH
Bestellservice: Postfach 023553 · 10127 Berlin · Telefon 0 30/2 88 85 66 · Telefax 0 30/28 88 56 70
E-Mail: info@dws-medien.de · Internet: www.dws-medien.de

Nr. 5.1

Alle Rechte vorbehalten. Es ist nicht gestattet, die Produkte ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem Weg zu vervielfältigen.
Dieses Produkt wurde mit äußerster Sorgfalt bearbeitet, für den Inhalt kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet.
Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

(2) Die Haftungsbegrenzung gilt, wenn entsprechend hoher Versicherungsschutz bestanden hat, rückwirkend von Beginn des Mandatsverhältnisses bzw. dem Zeitpunkt der Höherversicherung an und erstreckt sich, wenn der Auftragsumfang nachträglich geändert oder erweitert wird, auch auf diese Fälle.

(3) Die Erteilung mündlicher Auskünfte gehört nicht zu den vertraglichen Hauptleistungspflichten des Steuerberaters. Sie bergen die Gefahr insbesondere einer unvollständigen mündlichen Darlegung des zu beurteilenden Sachverhalts sowie von Missverständnissen zwischen Steuerberater und Auftraggeber. Deshalb wird vereinbart, dass der Steuerberater nur für in Textform erteilte Auskünfte einzutreten hat und die Haftung für fahrlässig falsche mündliche Auskünfte des Steuerberaters oder seiner Mitarbeiter ausgeschlossen ist.

(4) Schadensersatzansprüche des Auftraggebers, mit Ausnahme solcher aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, verjähren in 18 Monaten zum Jahresende ab Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Auftraggebers von den Ansprüchen, spätestens aber in fünf Jahren zum Jahresende ab der Anspruchsentstehung. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

7. Pflichten des Auftraggebers; unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.

(2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.

(3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

(4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu nutzen, und er ist auch nur in dem Umfang zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.

(5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Ziff. 7 Abs. 1 bis 4 oder anderweitig obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen. Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

8. Urheberrechtsschutz

Die Leistungen des Steuerberaters stellen dessen geistiges Eigentum dar. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe von Arbeitsergebnissen außerhalb der bestimmungsgemäßen Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Steuerberaters in Textform zulässig.

9. Vergütung, Vorschuss und Aufrechnung

(1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagenersatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung kann in Textform vereinbart werden. Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung ist nur in außergerichtlichen Angelegenheiten zulässig. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen.

(2) Für Tätigkeiten, die in der StBVV keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, anderenfalls die für diese Tätigkeit vorgesehene gesetzliche Vergütung, ansonsten die übliche Vergütung (§§ 612 Abs. 2 und 632 Abs. 2 BGB).

(3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig. Etwaige Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung einer gezahlten Vergütung verjähren in 18 Monaten zum Jahresende nach Zugang der Rechnung beim Auftraggeber.

(4) Für bereits entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern. Wird der geforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Auftraggeber einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Steuerberater wird seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Auftraggeber rechtzeitig bekanntgeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können. Für den Steuerberater ist eine Verrechnung von Vorschüssen mit allen fälligen Forderungen aus dem Auftragsverhältnis möglich, unabhängig davon, für welche Tätigkeit der Vorschuss gefordert wurde.

(5) Der Auftraggeber kommt in Verzug, wenn er nicht innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum zahlt.

10. Beendigung des Auftrags

(1) Der Auftrag endet mit Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Auftrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.

(2) Der Auftrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich gekündigt werden, es sei denn, es handelt sich um ein Dienstverhältnis mit festen Bezügen, § 627 Abs. 1 BGB; die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer Vereinbarung zwischen Steuerberater und Auftraggeber.

(3) Mit Beendigung des Auftrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die beim Auftraggeber zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. zu löschen.

(4) Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.

(5) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach den gesetzlichen Regelungen, insbesondere § 12 Abs. 4 StBVV. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer gesonderten Vereinbarung in Textform.

11. Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Arbeitsergebnisse und Unterlagen

(1) Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten oder dies im Wege der elektronischen Datenverarbeitung vornehmen.

(2) Der Steuerberater kann die Herausgabe der Dokumente verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist (§ 66 Abs. 3 StBerG). Hinsichtlich der Arbeitsergebnisse gilt ein vertragliches Zurückbehaltungsrecht als vereinbart.

12. Gerichtsstand, Erfüllungsort, Information VSBG

(1) Für den Auftrag, seine Ausführung und sich hieraus ergebende Ansprüche gilt ausschließlich deutsches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist, sofern der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, die berufliche Niederlassung des Steuerberaters. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftraggeber nach Auftragserteilung seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in das Ausland verlegt oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt sind.

(2) Der Steuerberater ist nicht bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen (§§ 36, 37 VSBG).[6]

13. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

---

6 Falls die Durchführung von Streitbeilegungsverfahren vor der Verbraucherschlichtungsstelle gewünscht ist, ist das Wort „nicht" zu streichen. Auf die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle ist in diesem Fall unter Angabe von deren Anschrift und Website hinzuweisen.